

Jetzt schicken die Juso ihren KMU-Stosstrupp los

Die 1:12-Initianten machen Druck im Abstimmungskampf. Sie haben 100 Firmenchefs hinter sich geschart, die für die Initiative weibeln.

VON NICO MENZATO, MARCEL ODERMATT

Satte 99,7 Prozent der Schweizer Firmen sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Zwei Drittel aller Arbeitnehmer verdienen ihren Lohn bei solchen KMU, dem Rückgrat der Schweizer Wirtschaft.

Lange sah es danach aus, als ob diese KMU geschlossen gegen die 1:12-Initiative der Juso seien. Der Gewerbeverband kündigte kampflost einen 1000er-Klub an: eine Liste von tausend Unternehmen, die sich für ein Nein einsetzen. «Rund 600 Firmen sind mittlerweile auf der Liste», sagt Sprecher Bernhard Salzmann.

Geschlossen ist die Front nicht. Es gibt auch Firmen, die für ein Ja am 24. November weibeln. «Es haben sich so viele gemeldet, dass wir die Namen von rund 100 Unternehmen Anfang Woche im Internet aufschalten werden», sagt SP-Nationalrat Cédric Wermuth (siehe Seite 20).

Es sind mehrheitlich Chefs sehr kleiner Betriebe, die sich offensiv hinter das linke Begehren stellen. Aber auch Firmen mit mehreren Hundert Angestellten befürworten die Begrenzung der höchsten Löhne. SonntagsBlick hat mit einigen gesprochen.

Andere Firmenchefs haben zwar Sympathie für staatlich festgelegte Maximallohne, offen dafür einsteigen wollen sie jedoch nicht. Zu gross ist offensichtlich die Befürchtung, ein politisches Engagement könne dem Unternehmen schaden.

So wollte sich etwa die Chefin eines mittelgrossen Betriebs für ein Ja aussprechen. Sie wurde von der Geschäftsleitung zurückgepfiffen. «Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, uns in unternehmensorganisatorische Diskussionen einzumischen bzw. dazu politische Statements abzugeben», hiess es schliesslich.

Diese Woche folgte eine Studie der anderen: Die Steuer- und AHV-Ausfälle durch die 1:12-Initiative werden auf bis zu vier Milliarden Franken pro Jahr geschätzt. Über 1000 Firmen sollen betroffen sein, 4400 Personen würde der Lohn gekürzt. Und wenn auf die tatsächliche Arbeitszeit abgestützt wird, sei auch eine Lohnspanne von bis zu 1:20 möglich.

Nach der Schlacht um diese Zahlen hat nun der Kampf der Befürworter und Gegner um die KMU so richtig begonnen. ●

«Keine Verantwortung»

Hansjürg Geissler, Co-Chef der Beratungsfirma Fairness at work in Bern. 280 Mitarbeiter. Lohnspanne 1:3,5. «Die Leistung einer Firma hängt nicht von den Chefs, sondern von allen

Mitarbeitern ab. Deshalb kann man hohe Löhne nicht mit massiv höherer Leistung rechtfertigen. Und auch nicht mit Verantwortung. Chefs von KMU verlieren ihr Vermögen, wenn sie Fehler begehen. CEOs von internationalen Firmen hingegen tragen keine Verantwortung. **Sie haften nicht für Fehler**, bekommen sogar eine Abfindung, wenn sie gehen müssen.»



«Bodenhaftung verloren»

Thomas Gasser, VR-Präsident Gasser Felstechnik AG in Lungern OW. 350 Mitarbeiter. Lohnspanne 1:6. «Ich werde nie begreifen, dass meine Leistung als Chef mehr als der Faktor sechs wert sein kann. Ich müsste sonst die Leistung der Mitarbeiter als minimal bewerten. Die Auswirkungen der Initiative treffen Personen, die die **Bodenhaftung verloren** haben. Es waren nicht übertriebene hohe Saläre, welche die Schweizer Wirtschaft vor 30 Jahren auf Erfolgskurs brachten. Sie sind auch heute und künftig nicht der Garant für Erfolg.»



«Auch 1:10 wäre gut»

Beat Bockli, Inhaber und Wirt Dimensione Bistro Bar Café in Winterthur ZH. 9 Mitarbeiter. Lohnspanne: kleiner als 1:2. «Bei uns im Gastgewerbe wird hart gearbeitet. Die Löhne sind tief. Und es kann einem Wirt passieren, dass ihm am Ende des Monats weniger bleibt als seinen Angestellten. Der Faktor 1:12 liegt **ausserhalb unseres Vorstellungsvermögens**. Die Initiative ist nicht extrem, wie von den Gegnern behauptet wird. 1:10 wäre für mich auch eine gute Variante gewesen.»



«Wertschätzung immer bedeutender»

Christoph Seiberth, Chef des Technologie-Entwicklers Ökozentrum in Langenbruck BL. Er entwickelt unter anderem sparsame Elektro-Roadster. 20 Mitarbeiter. Lohnspanne 1:1. «Es braucht die Wertschätzung jedes Einzelnen. Und dies in einem gerechten, das heisst ausgeglichenen Mass. Dies als ausgeglichene Mass haben wir verloren. **Die Initiative schadet der Wirtschaft nicht**. Im Gegenteil, weil im Zuge des gesellschaftlichen Wandels Qualität, Wertschätzung und Verbundenheit immer mehr Bedeutung erlangen werden.»

«Öffnung der Einkommensschere birgt Zündstoff»

Beat Strasser, Mitinhaber und Co-Chef des Architekturbüros Strasser Architekten AG in Bern. 11 Mitarbeiter. Lohnspanne 1:2. «Die zunehmende Öffnung der Einkommensschere birgt erheblichen sozialen Zündstoff. Die Gehälter gewisser Führungskräfte sind irrational und nicht nötig. Bis heute ist die soziale Stabilität ein wichtiger Faktor für die Prosperität unseres Landes. Dies dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. **Die oft ins Feld geführten Argumente gegen die Initiative sind weitgehend auf Ängsten aufgebaut.**»



«Eine gerechte Wirtschaft funktioniert besser»

Köbi Gantenbein, Chef des Verlags Hochparterre AG in Zürich. 21 Mitarbeiter. Lohnspanne 1:1,2. «Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass ein Direktor mehr als zwölfmal so viel, so streng und so gut arbeitet wie ein Angestellter oder eine Arbeiterin. **Ein Ja nützt der Schweiz**, weil die Wirtschaft dank mehr Gerechtigkeit besser funktioniert und die Menschen zufrieden sind.»